

Antrag

der Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, Dr. Peter Paziorek, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Cajus Julius Caesar, Alexander Dobrindt, Marie-Luise Dött, Dr. Maria Flachsbarth, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Georg Girisch, Dr. Reinhard Göhner, Josef Göppel, Holger Haibach, Kurt-Dieter Grill, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Helmut Lamp, Werner Lensing, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Wolfgang Meckelburg, Doris Meyer (Tapfheim), Laurenz Meyer (Hamm), Franz Obermeier, Ulrich Petzold, Ronald Pofalla, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Johannes Singhammer, Matthäus Strebl und der Fraktion der CDU/CSU

Exportinitiative Erneuerbare Energien vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Weltweit hat der Markt für erneuerbare Energien in den vergangenen Jahren eine dynamische Entwicklung erfahren. Durch die Schaffung geeigneter politischer, gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen sind besonders die Wasserkraft, Windkrafttechnik, Solarstromerzeugung und solare Wärmetechnik, aber zunehmend auch die kommerziell energetische Nutzung von Biomasse, zu einem relevanten Bestandteil der Energieversorgung vieler Länder geworden.

Mit Blick auf Technologieentwicklung, Ressourcenschonung und vorsorgenden Klimaschutz werden die erneuerbaren Energien weltweit einen zunehmend wichtigen Beitrag im Energiemix leisten. Die einzelnen Technologien sind im Moment jedoch noch unterschiedlich weit von der Wettbewerbsfähigkeit entfernt und sind deshalb auf staatliche Förderung angewiesen. Mittelfristig werden deshalb fossile Energieträger weiterhin das Rückgrat der Energieversorgung bleiben.

Derzeit werden rund 14 Prozent des weltweiten Primärenergieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt. Bis 2040 wird eine Verdopplung des Anteils vorhergesagt. Die Europäische Union (EU) hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien am gesamten EU-Energieverbrauch bis 2010 auf 12 Prozent (1997 6 Prozent) und am EU-Stromverbrauch bis 2010 auf 22 Prozent (1997 14 Prozent) zu erhöhen. Für Deutschland bedeutet dies eine Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien bis 2010 auf 4,2 Prozent beim Primärenergieverbrauch und 12,5 Prozent beim Stromverbrauch. Die EU bekennt sich damit ebenso wie Deutschland zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Technologisch nimmt Deutschland inzwischen eine Spitzenstellung unter den führenden Anbieterländern in fast allen Marktsegmenten ein, die jedoch nicht immer durch eine starke Präsenz auf den internationalen Märkten widergespiegelt wird. Der Exportanteil deutscher Firmen im Bereich der erneuerbaren Energien ist bei einem gesamten Umsatzvolumen der Branche von schätzungsweise 10 Mrd. Euro in 2003 noch recht gering und wird hauptsächlich im Marktsegment Windenergie erbracht.

Aufgrund seiner klimatischen Bedingungen wird Deutschland aus heutiger Sicht nur ein begrenztes Potenzial für den Einsatz erneuerbarer Energien ausschöpfen können. Es kann aber aufgrund seiner nach wie vor hohen technologischen Kompetenz ein Hochtechnologiestandort für erneuerbare Energien werden. Eine deutliche Erhöhung der Exportquote und eine verbesserte Präsenz auf Auslandsmärkten ist gleichzeitig die Voraussetzung für den Erhalt und den weiteren Ausbau der Erneuerbare-Energien-Branche in Deutschland. Für den Bestand der deutschen Erneuerbare-Energien-Branche ist mittelfristig eine Exportquote von 70 Prozent erforderlich.

Deutschland ist bei der Erschließung der Märkte für erneuerbare Energien gegenüber seinen Hauptkonkurrenten aus Dänemark, Spanien, Österreich, den USA und Japan relativ schlecht positioniert. Dies macht auch der „Bericht über die Bestandsaufnahme durch die Deutsche Energie-Agentur (dena) über den Handlungsbedarf bei der Förderung des Exports erneuerbarer Energie-Technologien“ (EE-Technologie) (Bundestagsdrucksache 15/1862) deutlich. So heißt es im Kapitel „Zusammenfassung und weiterer Handlungsbedarf“: „Die Erfahrungen der Deutschen Energie-Agentur GmbH im Rahmen der Exportinitiative verdeutlichen, dass bezüglich des Exports deutscher EE-Technologie erheblicher Handlungsbedarf besteht“. Der überwiegend mittelständischen und teilweise jungen Industrie mangelt es insbesondere an Auslandserfahrung, an spezifischen Kenntnissen der jeweiligen Marktbedingungen und an geeigneten Möglichkeiten, sich mit ihren Produkten vor Ort zu präsentieren. Weiterhin sind in Deutschland der Austausch und die Vernetzung unter den mittelständischen Unternehmen sehr unbefriedigend ausgeprägt.

So wird der weltweite Markt für Windkraftanlagen, neben deutschen Unternehmen, stark von dänischen, spanischen und einem amerikanischen Unternehmen beherrscht. Auf dem Photovoltaikmarkt dominieren Japan und die USA. Japanische Firmen stellen gut 50 Prozent aller Solarzellen her. Die jeweiligen nationalen Märkte für Solarthermie werden in der Regel von lokalen Anbietern bedient und eignen sich nur bedingt als Absatzgebiete für international agierende Unternehmen. Bei der energetischen Nutzung von Biomasse sind besonders die Entwicklungs- und Schwellenländer als die zukünftigen Märkte zu sehen. Speziell skandinavische und österreichische Unternehmen sind in diesem Sektor (Ernte-/Aufbereitungsmaschinen, Kessel-/Anlagenbau) weltweit führend. Die Märkte für Kleinwasserkraftwerke, vor allem in Asien und Lateinamerika, sind fest in der Hand amerikanischer, kanadischer, japanischer, indischer und chinesischer Hersteller und müssen für deutsche Technologien erst noch erschlossen werden.

Darüber hinaus lassen sich trotz der Unterschiede innerhalb der Branche prinzipiell die gleichen Probleme feststellen: Informationsdefizit, Schwierigkeiten bei der Finanzierung und dem konkreten Markteintritt.

Aus diesem Grund beschloss der Deutsche Bundestag im Juni 2002 die Einrichtung der Exportinitiative Erneuerbare Energien, die von der dena in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) entwickelt und umgesetzt werden soll. Ziel war es, einen zentralen Ansprechpartner und eine Koordinierungsstelle zu schaffen, um über Netzwerkbildung, Information und Beratung auch verstärkt deutschen Unternehmen Chancen zu eröffnen, an den sich entwickelnden internationalen Märkten teilzunehmen.

Die Erfahrungen mit der Umsetzung der Zielsetzungen der Exportinitiative sind allerdings unterschiedlich. Grundsätzlich positiv zu vermerken ist, dass nun ein nationaler Ansprechpartner für Fragen des Exports zur Verfügung steht, der im engen Kontakt mit den Branchenvertretern an der Entwicklung eines geeigneten Exportförderinstrumentariums arbeitet. Auch war die dena bei der Beseitigung des hohen Informationsdefizits innerhalb der Branche und über die Branche im ersten Ansatz erfolgreich tätig. Durch das Länderportal im Internet, die Veröffentlichung diverser Länderstudien, die Erstellung des Marketingpakets sowie durch das umfangreiche Messeprogramm über die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien in Exportländern wurde erfolgreich informiert.

Trotz allem sind Defizite zu verzeichnen, die wie folgt zusammengefasst werden können:

- Es herrscht immer noch eine unbefriedigende Koordination der staatlichen Stellen. So existieren mittlerweile vier Internetportale zum Thema erneuerbare Energien und Export. Daneben sind die Kompetenzen zum Thema erneuerbare Energien allgemein und mit Blick auf den Export auf vier Ressorts verteilt. Hier sollten Ressourcen zusammengefasst und die Abstimmung verbessert werden, um strukturelle Konkurrenzen zu vermeiden.
- Insgesamt werden die Belange der herstellenden Industrie nur ungenügend berücksichtigt. So fand das bisherige Messekonzept oft ohne ausreichende Fachausstellerbeteiligung statt. Dem Aufwand für Messebeteiligungen im Ausland, dem auch ein großer Teil der finanziellen Mittel zufließt, steht kaum ein messbarer Erfolg gegenüber.

Folgende Grundvoraussetzungen müssen zukünftig noch stärker berücksichtigt werden, um die Exportinitiative zielführend weiterzuentwickeln:

- eine stärkere Ausrichtung an den Bedürfnissen der Wirtschaft,
- die Berücksichtigung der Situation der jeweiligen Branchen,
- die Erarbeitung eines länderspezifischen Instrumentenmixes, der eine sinnvolle Kombination aus Informationsbereitstellung, Messebeteiligung und Finanzierung beinhaltet,
- eine erfolgsorientierte Stützung für die Teilnahme an Ausschreibungen und Planungen (Beispiel Dänemark).

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Exportinitiative in ein effektives Förderinstrument weiterzuentwickeln;
2. den Einsatz des bestehenden Instrumentenmixes aus der Bereitstellung von Informationen, Messebeteiligungen und Finanzierungsinstrumenten verstärkt aufeinander abzustimmen. Die Überbetonung einzelner Instrumente, z. B. die Messförderung, ist zu vermeiden. Bei der Auswahl sind die Belange der einzelnen Branchen sowie der einzelnen Märkte der erneuerbaren Energie-Technologien zu berücksichtigen. Dies gilt insbesondere bei Teilnahme an Ausschreibungs- und Planungsverfahren;
3. die Arbeit des Koordinierungskreises der Exportinitiative, dem unter anderem die führenden Verbände der Erneuerbaren-Energien-Branche angehören, zu intensivieren und das Fachwissen der Mitglieder dieses Kreises durch konkrete Aufgabenzuweisungen zu nutzen;
4. das Defizit im Bereich der Projektfinanzierung aufzuheben. Das Thema Finanzierung sollte im Koordinierungskreis unter Beteiligung aller relevanten Akteure analysiert und weiterentwickelt werden. Ihm kommt beim Export eine Schlüsselrolle zu und es sollte zu einem projektorientierten Baustein des Instrumentenmixes ausgebaut werden. Da das Investitionsvolumen im Bereich der EE-Technologien eher klein ist und zum Teil auch risikoreicher, fehlt es an

privatem Kapital zur (Erst-)Finanzierung von Projekten. Daher sollten bestehende nationale Programme (wie etwa der Projektstudienfonds Außenwirtschaft) bei Einsparung an anderer Stelle im Einzelplan finanziell aufgestockt und die Verfahren zur Antragstellung erleichtert werden;

5. die Exportförderung der erneuerbaren Energien in die internationalen Klimaschutzaktivitäten der Bundesregierung verstärkt mit einzubeziehen und etwa Mittel aus dem KfW-Klimaschutzfonds an eine Exportquote zu binden. Die Mittel der europäischen Entwicklungspolitik verstärkt für diesen Bereich einzusetzen;
6. den Instrumentenmix so flexibel anzulegen, dass verstärkt direkte Initiativen der Branche aufgegriffen werden können, damit am Bedarf der Branchen bzw. Zielländer ausgerichtete Konzepte sinnvoll in die Exportinitiative integriert werden;
7. die Exportinitiative auf Energieeffizienztechnologien auszuweiten. Gerade in vielen Schwellenländern mit rasch wachsendem Energiebedarf ist die Steigerung der Energieeffizienz eine entscheidende Voraussetzung, um in globaler Sicht vorsorgende Klimapolitik zu betreiben und Ressourcenengpässe zu vermeiden. Die Beschränkung auf erneuerbare Energien verkennet, dass in diesen Schwellenländern, aber auch in den neuen EU-Mitgliedstaaten und Industrieländern wie den USA, eine breite Auswahl von Technologien auf Angebots- und Nachfrageseite erforderlich ist, um eine umweltfreundlichere Energieversorgung zu volkswirtschaftlich vertretbaren Kosten zu erreichen. Nur so kann auch die wirtschaftliche Säule der Nachhaltigkeit ausreichend berücksichtigt werden;
8. im Rahmen der Exportinitiative auch ein Kapitel Energieforschung insbesondere für die Entwicklung solarer Kraftwerke im Bereich der Mittelmeerregion mit einzubeziehen;
9. die dena zu beauftragen,
 - erfolgsorientierte, länderspezifische Exportstrategien für die verschiedenen Erneuerbaren-Energien-Branchen zu entwickeln,
 - sorgfältig zu planende Messebeteiligungen von kleinen und mittelständischen Unternehmen im Ausland, unter Einbeziehung von Industrie- und Handelskammern und von Erneuerbaren-Energien-Verbänden vorzubereiten, zu unterstützen und vorab interessante Ansprechpartner aus Wirtschaftskreisen der messeausrichtenden Länder zu gewinnen. Dabei sollen die Messeauftritte sich auf die 10 wichtigsten Exportmärkte der einzelnen Branchen konzentrieren, die vorab durch Beteiligung der Unternehmen identifiziert wurden,
 - die Exportförderung der erneuerbaren Energien in eine Gesamtstrategie einzubinden, die die mittel- und osteuropäischen Länder sowie die Schwellen- und die Entwicklungsländer unterstützt, ihren Gesamtenergiesektor nachhaltiger zu gestalten. Dies muss auch Effizienzmaßnahmen und Modernisierung des bestehenden Kraftwerkparks beinhalten bei gleichzeitigem Transfer des deutschen Know-hows und deutscher Technologien. Im Sinne des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung erscheint eine solche ganzheitliche Politikberatung zielführender, als es nur auf die erneuerbaren Energien zu beschränken.

Berlin, den 25. Januar 2005

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion